Spinnrad

FORUM FÜR AKTIVE GEWALTFREIHEIT

Zeitschrift des Internationalen Versöhnungsbundes - Österreichischer Zweig

KRIEG IN DER UKRAINE I FRIEDENSPLÄNE I MEDIEN I WISSENSCHAFT

Nummer 1 | April 2023, € 3,-

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Letztes Jahr um diese Zeit gab es ihn schon, den Krieg in der Ukraine. Der Knall der ersten Schüsse und Bomben im völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine war bereits verklungen, ohne dass es wieder still geworden ist. Die Ausnahmesituation begann langsam mit allem Grauen, allem Leid, allem Verlust zum furchtbaren Alltag zu werden. Bis heute.

Ebenfalls täglich begleitet uns, die wir hier so nah und doch so fern vom Kriegsgeschehen sind, die Berichterstattung über das, was so schwer in Worte zu fassen und so unaushaltbar in Bildern ist. So viel wird geredet, sooft wird dasselbe gesagt. „Von Kriegsrhetorik statt Friedensbemühungen" benennt es der Journalist Udo Bachmair in seinem medienkritischen Beitrag in diesem Heft (S.8).

„Von Friedensbemühungen statt Kriegsrhetorik" bzw. „Von dem, was oft übersehen und ausgelassen wird im Angesicht des großen Kriegsnarrativs" ist genau darum das Thema dieses Spinnrads. Wir wollen unseren und euren Blick für die Friedensarbeit, die trotz allem noch passiert, weiten. Dabei soll kein Leid negiert und keine Grausamkeit trivialisiert werden, sondern dem Aufschrei gegen die große Kriegstreiberei Nuancen und Werkzeuge gegeben werden. Oft ignorierte Aspekte – von Stimmen außerhalb Europas bis zum Ökozid in der Ukraine und seinen Folgen – sollen in den Diskurs aufgenommen werden.

In dieser Ausgabe und darüber hinaus heißt es „Krieg & …", bis es zu einem „…& Frieden" werden kann..

Lucia Hämmerle
für das Redaktionsteam

Inhalt

02 | Editorial, Impressum, Offenlegung

03 | Friedensansätze zur Beendigung des Ukraine-Krieges von außerhalb Europas
von Clemens Ronnefeldt

06 | Der Neutrale, der Krieg und die Waffen
von Thomas Roithner

08 | Kriegsrhetorik statt Friedensbemühungen
von Udo Bachmair

10 | Diskursive, kognitive und affektive Militarisierung
von Claudia Brunner

12 | Zeitenwende? Zeitenwende!
von Norman Paech

14 | Ökozid in der Ukraine
von Nicholas Bell

17 | Friedenslogik verstehen
Buchbesprechung von Thomas Roithner

18 | Belarus als neuer Standort für Atomwaffen: Auswirkungen auf Europa und die Welt
von Nadja Schmidt

Gastkommentare müssen nicht mit der Meinung des Redaktionsteams übereinstimmen.

Information zu Mitgliedschaft und Abonnement:
- ▷ Abonnement der Zeitschrift Spinnrad: € 12
- ▷ Mitgliedschaft: € 50 (erm.€ 30, Selbsteinschätzung)
- ▷ unterstützende Mitgliedschaft: € 250
- ▷ fördernde Mitgliedschaft: € 500

OFFENLEGUNG laut §25 Mediengesetz:
Eigentümer und Herausgeber der Zeitschrift SPINNRAD ist zur Gänze der Internationale Versöhnungsbund - österreichischer Zweig, Lederergasse 23/3/27, 1080 Wien. Im Vorstand des Vereins sind Christine Aigner, Christine Bertram, Paul Bertram, David Gamsjäger, Andreas Paul, Wolfgang Schöpp. In der Geschäftsführung tätig sind außerdem Irmgard Ehrenberger und Peter Hämmerle.

Grundlegende Richtung: Die Zeitschrift SPINNRAD - Forum für aktive Gewaltfreiheit dient der Verwirklichung der Vision aus dem Leitbild des Herausgebers: „Der Versöhnungsbund strebt eine Welt an, in der die Achtung vor dem Leben und die Würde, Freiheit und Individualität jedes Menschen im Zentrum von Gesellschaft und Politik stehen und aktive Gewaltfreiheit als Handlungsprinzip verwirklicht ist. In dieser vom Versöhnungsgedanken geleiteten Welt werden unterdrückende und menschenverachtende Strukturen und Ideologien durch eine Kultur des Friedens, gewachsen aus religiösen und humanistischen Traditionen, abgelöst."

IMPRESSUM (alle anderen ungültig):
Verleger, Herausgeber: Internationaler Versöhnungsbund, österreichischer Zweig (IVB)
Redaktion: Irmgard Ehrenberger, Pete Hämmerle, Lucia Hämmerle, Thomas Roithner
Adresse: Lederergasse 23/3/27, A - 1080 Wien;
Tel./Fax: 01/408 53 32;
Email: office@versoehnungsbund.at
Website: www.versoehnungsbund.at
Umschlagdesign & Layout: Lucia Hämmerle

Herstellerin: Print Alliance HAV Produktions GmbH, Druckhausstr. 1, 2540 Bad Vöslau;
Verlagspostamt: 1080 Wien
Bankverbindung: Bawag,
BIC: BAWAATWW,
IBAN: AT94 6000 0000 9202 2553
Preis der Einzelnummer: € 3,-
Abonnement: € 12,- (Inland), € 15,- (Ausland)
Für Mitglieder des IVB kostenlos!

Friedensansätze zur Beendigung des Ukraine-Krieges von außerhalb Europas

Von Clemens Ronnefeldt

I) Rückblick auf den 10-Punkte-Plan von Istanbul vom 29.3.2022

Ende März scheiterte der 10-Punkte-Plan von Istanbul mit folgenden Details:

1. Die Ukraine akzeptiert ihre politische Neutralität. Im Gegenzug erhält sie eine völkerrechtliche Garantie zur Umsetzung des blockfreien und atomwaffenfreien Status. Mögliche Garantiestaaten könnten Russland, Großbritannien, China, USA, Frankreich, Türkei, Deutschland, Kanada, Italien, Polen und Israel sein.

2. Die internationalen Sicherheitsgarantien der Ukraine im Rahmen des Vertrages gelten nicht für die Krim, Sewastopol und einzelne Gebiete des Donbass. Die Parteien müssen die Grenzen dieser Gebiete festlegen oder sich darauf einigen, dass jede Seite sie auf ihre eigene Weise versteht.

3. Die Ukraine verpflichtet sich dazu, keinem Militärbündnis beizutreten, keine ausländischen Militärstützpunkte oder -kontingente zu stationieren und internationale Militärübungen nur mit Zustimmung der Garantenstaaten durchzuführen. Die Garantenstaaten sollen dabei ihre Absicht bekräftigen, die Mitgliedschaft der Ukraine in der EU zu fördern.

4.–6. Hier wird skizziert, wie die Garantenstaaten im Fall eines bewaffneten Angriffs gegen die Ukraine vorzugehen haben, ähnlich wie es der Artikel 5 für die Beistandsverpflichtung der NATO vorsieht.

7. Inkraftreten des Vertrages nach einem gesamtukrainischen Referendum und der Verankerung in der ukrainischen Verfassung.

8. Bestreben, offene Fragen im Zusammenhang mit der Krim und Sewastopol innerhalb von 15 Jahren durch bilaterale Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland zu lösen. Vorschlag, vertraglich zu vereinbaren, die Fragen der Krim und Sewastopols nicht militärisch zu lösen, sondern die politischen und diplomatischen Bemühungen in dieser Frage fortzusetzen.

9. Modalitäten für einen Waffenstillstand, den Rückzug der Truppen, humanitäre Korridore und den Austausch der Leichen sowie die Freilassung von Kriegsgefangenen.

10. Persönliches Treffen des ukrainischen und russischen Präsidenten, um einen entsprechenden Vertrag zu unterzeichnen und politische Entscheidungen über die noch offenen Fragen zu treffen.(1)

Gründe für das Scheitern des Istanbul-Planes

Am 13. Mai 2023 berichtete das ZDF unter der Überschrift „Verhindert der Westen Frieden in der Ukraine?“: „Tatsächlich gab es bei den Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland Ende März in Istanbul zunächst Annäherungen. So machte die Ukraine beispielsweise das Angebot, gegen Sicherheitsgarantien einen neutralen Status zu akzeptieren. Russland hingegen kündigte an, seine Truppen beispielsweise um Kiew zu verringern und sich militärisch auf den Osten zu konzentrieren. Laut einem Bericht der ‚Financial Times‘ gab es sogar einen Entwurf für ein Waffenstillstandsabkommen.“

Nach den russischen Gräueltaten von Butscha hatte sich dann allerdings die Bereitschaft auf westlicher Seite zu einem Waffenstillstand verhärtet, auf russischer Seite nach der Versenkung der „Moskwa“.

Die britische ‚Times‘ zitierte den damaligen Premier Boris Johnson Anfang April mit den Worten, es solle keine Einigung mit Russland geben, ‚solange die Ukraine nicht die Oberhand hat‘. „Vor und während seines Besuchs in Kiew sprach sich Johnson nach Medienberichten - unter anderem des britischen ‚Guardian‘und des ukrainischen Onlinportals ‚Ukrajinska Prawda‘ - dafür aus, dass die Ukraine gegenüber Russland keine Zugeständnisse machen solle.“(2)

Am 5. März 2022 flog der damalige israelische Premier Naftali Bennett auf Einladung Putins nach Moskau. In dem Gespräch im Kreml soll Putin nach Aussagen Bennetts einige substanzielle Zugeständnisse gemacht – und u.a. den Verzicht auf sein ursprüngliches Kriegsziel einer Demilitarisierung der Ukraine erklärt haben.

„Bennett fragte Putin, ob er vorhabe, Selenskyj zu töten. Putin sicherte ihm ausdrücklich zu, das nicht zu tun. Auf seiner Rückreise rief Bennett Selenskyj an und teilte ihm das Ergebnis mit. Der ukrainische Präsident erklärte sich im Gegenzug bereit, auf einen Nato-Beitritt zu verzichten – eine Position, die er kurze Zeit später auch öffentlich wiederholte. Damit war eines der entscheidenden Hindernisse für ei-

(1) https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Waffenstillstand_und_Frieden_Ukrainekonflikt.pdf
(2) https://www.zdf.de/nachrichten/politik/wagenknecht-dagdelen-ukraine-krieg-russland-100.html

nen Waffenstillstand aus dem Weg geräumt“, berichtete die Berliner Zeitung am 6.2.2023.

Bennett flog dann zunächst nach Deutschland, sprach mit Bundeskanzler Scholz und anschließend mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron sowie dem britischen Premier Boris Johnson, ebenso mit der US-Regierung. Boris Johnson habe damals die „aggressive“ Position vertreten, dass „man Putin weiter bekämpfen müsse“, wogegen Scholz und Macron eher pragmatisch eingestellt waren. In der US-Regierung sollen beide Positionen vertreten gewesen sein.

In den folgenden Tagen soll es laut Bennett weitere intensive diplomatische Anstrengungen mit den Kriegsparteien gegeben haben. Bennett habe seine Bemühungen dabei „bis ins kleinste Detail mit den USA, Deutschland und Frankreich abgestimmt“.

Auf die Frage, ob die westlichen Verbündeten die Initiative letztlich blockiert hätten, antwortete Bennett: „Im Grunde genommen, ja. Sie haben es blockiert, und ich dachte, sie hätten unrecht.“ Sein Fazit: „Ich behaupte, dass es eine gute Chance auf einen Waffenstillstand gab, wenn sie ihn nicht verhindert hätten.“ (Berliner Zeitung 6.2.2023).

II) Initiative von Mexiko vom September 2022

Ende September 2022 schlug Mexiko die Einrichtung einer hochrangigen diplomatischen Delegation vor, die zwischen Russland und der Ukraine vermitteln sollte.

Marcelo Ebrard Casaubon, Mexikos Außenminister, warb vor der UN-Generalversammlung für eine Delegation, welche die Vermittlungsbemühungen von UN-Generalsekretär António Guterres begleiten sollte. In seiner Rede nannte er internationale Führungspersönlichkeiten – namentlich den indischen

Premierminister Narendra Modi und Papst Franziskus – als mögliche Unterstützer des UN-Generalsekretärs.

Der mexikanische Außenminister nannte die „Lähmung“ des UN-Sicherheitsrates als Grund für seine Initiative – und warf diesem wichtigsten UNO-Gremium vor, den Krieg in der Ukraine weder zu verhindern noch Maßnahmen zu ergreifen, um die Aggression zu stoppen oder einen diplomatischen Prozess einzuleiten.

„Angesichts dieser Lähmung mussten wir die Generalversammlung in einer Dringlichkeitssitzung anrufen, in der Mexiko zusammen mit Frankreich einen geeigneten Rahmen für die Kanalisierung der humanitären Hilfe vorschlug, der zwar nützlich war, aber angesichts der Zerstörungen und des Leids, die der Krieg hinterlassen hat, eindeutig unzureichend ist", so Ebrard.

Ein Gremium von Staats- und Regierungschefs sollte zusätzlich die Bemühungen des Generalsekretärs um vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Russland und der Ukraine unterstützen und begleiten.

Ebrard sagte zu, dass Mexiko "einen ergänzenden diplomatischen Kanal" zu den bestehenden Kanälen anbieten wolle, um mit den Konfliktparteien in Kontakt zu treten.

„Wir werden die notwendigen Konsultationen fortsetzen, mit dem einzigen Ziel, als unparteiischer Akteur und in gutem Glauben dazu beizutragen, eine möglichst breite Unterstützung für die Bemühungen und die gute Arbeit des Generalsekretärs und der Delegation zu erreichen", fügte der mexikanische Außenminister hinzu.(3)

III) Brasilien – 1. Februar 2023

Der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva hat im Kontext des Besuches von Olaf Scholz Anfang Februar 2023 in Brasilien eine Vermittlungsinitiative Brasiliens und Chinas zur Beendigung des Ukraine-Krieges vorgeschlagen. "Es ist notwendig, eine Gruppe von Ländern zu bilden, die stark genug ist und respektiert wird, um sich mit den beiden an einem Verhandlungstisch zusammenzusetzen", sagte Lula in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzler Olaf Scholz in der brasilianischen Hauptstadt Brasília. Er habe bereits mit Scholz und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron über die Initiative gesprochen.

(3) https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/mexiko-schl%C3%A4gt-die-einrichtung-einer-hochrangigen-diplomatischen-delegation-vor-die-zwischen-russland-und-der-ukraine-vermitteln-soll/ar-AA1294kT

Präsident Luiz Inácio Lula da Silva brachte sich selbst als Vermittler ins Spiel, um mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj oder dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu sprechen - ebenso wie China. "Unsere chinesischen Freunde spielen dabei eine sehr wichtige Rolle", sagte er – und dass es Zeit sei, dass China die Initiative ergreife. Olaf Scholz betonte, es dürfe keinen Frieden über die Köpfe der Ukrainer:innen hinweg geben. Friedensgespräche seien immer an die Voraussetzung gebunden, dass Russland seine Truppen abziehe.

Präsident Luiz Inácio Lula da Silva kritisierte auch den ukrainischen Präsidenten Selenskyj für seine Haltung im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. "Ich glaube, Russland hat den klassischen Fehler begangen, in das Territorium eines anderen Landes einzudringen", sagte er. "Aber ich denke immer noch: 'Wenn einer nicht will, streiten zwei nicht.'"(4)

IV) Der chinesische Friedensplan vom 24. Februar 2023

Am 24.2. hat die chinesische Regierung ihren Zwölf-Punkte-Plan für einen Waffenstillstand in der Ukraine vorgelegt.

Verlangt werden folgende Punkte:

1. Respektierung der Souveränität aller Länder.

2. Abkehr von der Mentalität des Kalten Krieges.

3. Einstellung der Feindseligkeiten.

4. Wiederaufnahme der Friedensgespräche.

5. Beilegung der humanitären Krise.

6. Schutz von Zivilist:innen und Kriegsgefangenen.

7. Die Sicherheit von Kernkraftwerken.

8. Verringerung der strategischen Risiken.

9. Erleichterung der Getreideausfuhr.

10. Beendigung einseitiger Sanktionen.

11. Stabilisierung der Industrie- und Versorgungsketten.

12. Förderung des Wiederaufbaus nach Konflikten.(5)

Im Unterschied zum italienischen 4-Stufen-Friedensplan vom Mai 2022, der das Ergebnis von Verhandlungen bereits im Vorhinein festlegen wollte, bleibt der chinesische Vorschlag offenbar bewusst im Detail offen, um die Konfliktparteien erst einmal an den Verhandlungstisch zu bringen und selbst Lösungen erarbeiten zu lassen.

Das Papier könne „als Grundlage für eine friedliche Lösung genommen werden, sobald der Westen und Kiew dazu bereit sind", sagte Putin zu diesem Plan im Kreml nach Verhandlungen mit Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping (ZDF, 12.3.2023).

Die Regierung in Kiew dagegen hat das von China zum Jahrestag der russischen Invasion in die Ukraine vorgelegte Positionspapier abgelehnt. „Jeder ‚Friedensplan', der nur einen ‚Waffenstillstand' und infolge dessen eine neue Trennlinie und die Besetzung von Gebieten vorsieht, handelt nicht von Frieden", schrieb der Berater im Kiewer Präsidentenbüro, Mychajlo Podoljak. Es handle sich vielmehr um ein „Einfrieren des Krieges" und daher eine Niederlage.

Fazit

Die Länder des Südens haben einen sehr viel größeren Leidensdruck seit dem 24.2.2022 als die Länder des Nordens – aufgrund der drastisch gestiegen Energiepreise und sozialer Verwerfungen.

Mexiko, Brasilien, China und Indien könnten sich zusammentun, um gemeinsam internationalen Druck für Verhandlungen und einen Waffenstillstand aufzubauen.

Ende März 2023 lud US-Außenminister Antony Blinken Amtskolleg:innen aus mehreren Kontinenten zu einer virtuellen Gesprächsrunde über einen "gerechten und anhaltenden Frieden" in der Ukraine ein.

Aufsehen hatte der US-Außenminister eine Woche zuvor schon erregt, als er im US-Kongress sagte: "Ich denke, es wird Gebiete in der Ukraine geben, um die die Ukrainer:innen entschlossen sind, vor Ort zu kämpfen. Es könnte Gebiete geben, die sie auf andere Weise zurückzuerobern versuchen müssen."

Diese Äußerung wurde weltweit mit großem Interesse aufgenommen und als Hinweis gedeutet, dass die Ukraine nach Ansicht Washingtons möglicherweise in Verhandlungen nicht alle derzeit von Russland besetzten Gebiete in ihr Staatsgebiet integrieren wird können.

Wegen der enormen Waffenlieferungen aus den USA wird die Entscheidung in Kiew, ob die Regierung zu Verhandlungen mit Moskau bereit ist, nicht in den Ländern des Südens, sondern in Washington fallen.

Den größten Einfluss auf Präsident Putin sowie dessen Bereitschaft zu Verhandlungen dürfte aktuell China haben.

Clemens Ronnefeldt ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes

(4) https://www.n-tv.de/politik/Ukraine-Krieg-Brasilianischer-Praesident-Lula-will-gemeinsam-mit-Xi-vermitteln-article23881189.html

(5) https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/zxxx_662805/202302/t20230224_11030713.html, Übersetzung nach: https://de.euronews.com/2023/02/24/china-friedensplan-krieg-ukraine

Der Neutrale, der Krieg und die Waffen

Über den politischen und rechtlichen Wert der Neutralität Österreichs und warum wir für aktive Friedenspolitik auch Sicherheit neu denken müssen

Von Thomas Roithner

In unterschiedlichen europäischen Staaten haben sich schon vor dem 24.2.2022 zivilgesellschaftliche Bewegungen um das Thema „Sicherheit neu denken“ formiert. Seit dem Beginn der aktuellen Kriegsphase ließ der Sicherheitsdiskurs das bislang kaum Denkbare nicht nur vorstellbar, sondern auch Realität werden. Viele Meinungsseiten der Zeitungen sind heute eindeutig: „Team Waffen“ – there is no alternative. Der Gegenwind für Ursachenanalyse, Friedensverhandlungen oder Deeskalation erscheint zunehmend beträchtlicher.

Die Säulen der deutschen Konzeption von „Sicherheit neu denken“ sind gerechte Außenbeziehungen, nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten, Teilhabe an der internationalen Sicherheitsarchitektur, resiliente Demokratie und Konversion der Bundeswehr und Rüstungsindustrie. Instrumente sind u.a. zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung im Rahmen einer reformierten UNO (Becker et al 2018: 13). Auch in Frankreichs aktuell noch kleineren Kampagne „Repenser la sécurité“ kommen wesentliche Diskussionsimpulse aus den Kirchen. Joanna Frew (2022: 15) vom britischen „Rethinking Security“-Netzwerk adressiert „zugrundeliegende Auslöser der Unsicherheit“ und engagiert sich für einen veränderten Diskurs in Richtung „human security“ (menschliche Sicherheit). Auch in Österreich entwickelt sich die Debatte.

Keine Waffen

Es klang schon fast ein wenig nach Entschuldigung, dass Bundespräsident Alexander Van der Bellen anlässlich seines Besuches in der Ukraine gar nicht gewusst hätte, was angesichts der Waffenbestände des heimischen Heeres geliefert werden könne. Auch wenn er Kampfpanzer weder aus dem Hut zaubern kann noch darf, so hatte er Neutralitätskompatibles – Generatoren und Baumaterial – im Gepäck. Und er sehe gerade keine Friedenstaube fliegen.

Österreich ist militärisch neutral, politisch klar auf Seite der Ukraine und des Völkerrechts. Immerwährend neutral meint die Verpflichtung, sich an keinem Krieg zu beteiligen. Unabhängig vom Wer, Wo und Wann. Der Völkerrechtler Manfred Rotter traf die politische DNA in Österreich, wenn er die Neutralität überspitzt „als Status der generellen Kriegsverweigerung“ zusammenfasst. Also prinzipiell keine Waffen und keine Soldat*innen in Kriege anderer Staaten und kein Militärbündnis. Kaum etwas genießt über Jahrzehnte so hohe Umfragewerte. So manche Partei übt sich im politischen Salto, wenn in vormaligen Zeiten ein NATO-Beitritt Österreichs als Option auf der Agenda stand und heute die Neutralität hoch gehalten wird.

Lücke zum Dialog

Seit den 1950ern ist eine aktive Amtssitzpolitik Österreichs innenpolitisch quasi Konsens. Wien beherbergt einen Sitz der Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und gut 40 weiterer internationaler Organisationen. Österreich als Verhandlungsort wird innenpolitisch beinahe überschwänglich kultiviert.

Genau ein Jahr nach Beginn der laufenden Kriegsphase fand am 24.2.2023 die Parlamentarische Versammlung der OSZE in Wien statt. Zuständigkeit und Idee der damals 1975 in Helsinki noch als Konferenz zusammentretenden Staaten: gesamteuropäische Sicherheit.

Gesamteuropäisch heißt, dass alle am Tisch sitzen. Außenminister Alexander Schallenberg spürte viel Widerstand, als er die Visaerteilung an teils hochumstrittene russische Diplomaten verteidigte. Schallenberg argumentierte rechtlich mit seiner Verpflichtung als Amtssitz der OSZE und politisch, dass Russland seine Isolierung vor Augen geführt werden soll. Folgerichtig, denn Schallenberg hat die Ausladung Russlands anlässlich der OSZE-Tagung in Polen auch kritisch gesehen. Das Argument: gerade in besonders schwierigen Zeiten braucht es inkludierend wirkende Foren. Keine Illusion, aber die kleine Lücke zum Dialog nützen.

Welche Sicherheit?

Jetzt erlaubt die Position Österreichs mit einem Nein zu direkten Waffenexporten ins Kriegsgebiet und dem Ja zu russischen Diplomatenvisa theoretisch zwei Lesarten. Die eine setzt trotz der Lage auf Dialog, kooperative Organisationen und Sicherheit mit einem Nachbarn, dessen geographische Lage nicht zu ändern ist. Die andere sieht unsolidarisches Wegducken, das insgeheime Schielen auf wirtschaftliche Vorteile und die augenzwinkernde Sympathie mit Autoritärem. Das Dazwischen wird auch weniger heiß gegessen als gekocht, verur-

sacht aber nicht weniger Bauchweh: Das neutrale EU-Mitglied hat sich im Zuge der Waffenlieferungen über die EU-„peace facility" konstruktiv der Stimme enthalten und die Verteidigungsministerin macht politisch gutes Wetter für Österreich im European Sky Shield. An der Beteiligung Österreichs an zum Teil auch umstrittenen EU-Militäreinsätzen oder EU-Rüstungsprojekten sahen die Regierungen unterschiedlicher Zusammensetzung in der Vergangenheit wenig Probleme.

Beim völkerrechtlichen Verbot von Antipersonenminen, Streuwaffen oder Atomwaffen folgte Österreich stets einem humanitären Ansatz und menschlicher Sicherheit. Und Österreich stand dabei in der allerersten Reihe. Gerade nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle können als zentrale friedenspolitische Idee Österreichs betrachtet werden. Dies drückt sich nicht nur als aktives Engagement für den Atomwaffenverbotsvertrag durch Österreichs Diplomatie aus, sondern auch in Form einer aktiven Amtssitzpolitik (z.B. Atomenergiebehörde IAEA, atomare Teststopporganisation CTBT Preparatory Commission) und als Gastgeber von Verhandlungen (z.B. Iran-Gespräche JCPOA, NewSTART). Neben der humanitär begründeten Abrüstungspolitik auf Ebene der UNO verfolgt Österreich auf EU-Ebene eine stärker als bisher militärisch und rüstungsindustriell gestützte Sicherheitspolitik. Beide Sicherheitsparadigmen passen in die Neutralitätskiste.

Friedensverhandlungen

„In Vielfalt geeint" propagiert die EU. Gleichzeitig verengt sich die EU-Debatte immer mehr auf Waffenlieferungen, neue Sanktionen und eigene Aufrüstung. Wertvoll ist der Neutrale dann, wenn er Dialog ermöglicht. Selbst in den konfrontativsten Zeiten des Kalten Krieges war Wien als Verhandlungsplatz akzeptiert. Es gilt für den aktiv Neutralen, ernst zu nehmende Verhandlungsprozesse – wann und wo auch immer diese stattfinden – zu unterstützen.

Neben humanitären Aspekten hat Österreichs Regierung auch die Einführung eines Zivilen Friedensdienstes auf der Agenda. Glaubwürdig ist der Neutrale, wenn er bei Solidarleistungen an UNO und OSZE deutlich über die unterste Richtschnur springt. Doch leider regiert in der Außenpolitik auch der Sparefroh und Österreich hat nicht zuletzt deshalb seit dem EU-Beitritt nur vereinzelt politischen Geländegewinn erzielt.

In vielen öffentlichen Debatten werden Verhandlungsprozesse derzeit als unrealistisch diskreditiert und betont, dass diese dem Aggressor helfen würden. Für eine langfristig nachhaltige Friedenslösung ist nicht die Frage, ob verhandelt wird, sondern wie und worüber. Die letzten Monate haben gezeigt, dass auch „kleine" Verbesserungen der menschlichen Sicherheit helfen können, um Gesprächskanäle offen zu halten. Getreidelieferungen, Gefangenenaustausch oder die Sicherheit um das AKW Saporischschja zeigen, dass Einigungen unterhalb einer „großen Lösung" (z. B. Territorialfragen) denkbar sind.

Der Friedensplan von Emmanuel Macron und jener Italiens sieht auch ein Nachdenken über eine künftige europäische Sicherheitsarchitektur vor. Wie und auf Basis welcher Fragen können sicherheits- und vertrauensbildende Maßnahmen langsam Fuß fassen? Wo kann auf Kenntnisse der OSZE im Bereich ziviler Krisenprävention aufgebaut werden? Welche Minimalanforderungen gibt es in Bezug auf den Vertrag für konventionelle Streitkräfte in Europa? Kann auf dem Weg der Wiedergewinnung nuklearer Abrüstung- und Rüstungskontrollverträge auch langfristig über Teile Europas als nuklearwaffenfreie Zonen gesprochen werden? Welche besondere Rolle kommt neutralen Staaten in einer künftigen gesamteuropäischen Friedensordnung zu? Gibt es gemeinsame Ansätze für das Klimaziel Frieden? Auf welcher Basis kann all dies glaubwürdig kontrolliert werden?

Thomas Roithner, Friedensforscher, Mitarbeiter im Internationalen Versöhnungsbund und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Literatur zu „Sicherheit neu denken"

Becker Ralf, Maaß Stefan, Schneider-Harpprecht Christoph (Hg.): Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik, Karlsruhe 2018.

Frew Joanna: „Rethinking Security" im Vereinigten Königreich, Spinnrad 4/2022, Wien, S. 14-17.

FREDA, Internationaler Versöhnungsbund, Pete Hämmerle, Thomas Roithner (Hg.): Frieden ist möglich – aber sicher! Impulse für eine gewaltfreie Gestaltung von Gesellschaft und Staat. Wie wir Sicherheit neu denken können, Wien 2022.

Kriegsrhetorik statt Friedensbemühungen

Von Udo Bachmair

Westliche Medien und Politik plädieren überwiegend für ausschließlich militärische Lösungen, für den Sieg der Ukraine auf dem Schlachtfeld. Wie Medien darüber berichten, gleicht sich oft in erstaunlicher Weise.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine ist absolut zu verurteilen. Es ist und bleibt unfassbar, dass eine Aggression dieser Art in Europa auch in diesem Jahrhundert noch stattfinden würde. Ein Schlag ins Gesicht jenes zivilisatorischen Fortschritts, den viele bis vor gut einem Jahr in Europa noch als existent und erreicht betrachtet hatten. Krieg ist per se ein Verbrechen.

Das heißt jedoch nicht, die Vorgeschichte des aktuellen Krieges, Kriegspropaganda, Sinnhaftigkeit sogenannter Militärlogik sowie vor allem Friedenschancen auszublenden. Besonderes Interesse gebührt dabei der Rolle der Medien und deren Verantwortung. Viele von ihnen haben sich von Differenzierung und damit auch von Qualitätsjournalismus verabschiedet. Vor allem deutsche, aber auch österreichische Medien gefallen sich vielfach darin, jene Kräfte in Politik und Medien, die auf Verhandlungen und Friedenskonzepte drängen, als naiv, nicht empathisch, als Putins Trolle, etc. abzuqualifizieren. Jene, die dringend für ein Ende der Lieferung schwerer Waffen appellieren, bevor die Lage weiter eskaliert, gelten als Utopist:innen.

Im Grunde sind es zwei polarisierende Positionen, die den Disput rund um den Ukraine-Krieg dominieren: Einerseits die Überzeugung, ein Ende des Krieges sei nur durch einen Sieg der Ukraine auf dem Schlachtfeld erreichbar. Andererseits die Annahme, der Krieg und weiteres Leid könnten bald nur dadurch beendet werden, dass endlich auch diplomatische Bemühungen mit Aussicht auf eine Friedenslösung sichtbar werden. Letztere Position wird von Medien und Politik im Westen mehrheitlich nicht geteilt. Im Gegenteil: Jene Menschen, die leidenschaftlich für Frieden ohne weitere schwere Waffen demonstrieren, werden als „Friedensschwurbler“, als moralisch verkommen, als Befürworter:innen eines „Diktatfriedens“ bzw. eines „Friedensdiktats“ verunglimpft. „Putinversteher“ oder „Russlandversteher“ gelten ohnehin als Schimpfwörter schlechthin.

Wortführerinnen der Kriegsrhetorik sind die als Hardlinerin auch über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt gewordene FDP-Abgeordnete Strack-Zimmermann sowie überraschenderweise auch die grüne Außenministerin Baerbock. Ausgerechnet die Grünen, die sich früher noch als parlamentarischer Arm der Friedensbewegung verstanden haben, ergehen sich nun in militaristischer Ideologie. Bühne bieten ihnen bemerkenswerterweise vor allem die öffentlich-rechtlichen Anstalten ARD und ZDF, die wie hierzulande der ORF auch in der außenpolitischen Berichterstattung zur Ausgewogenheit verpflichtet wären. Sendungen wie „Hart aber Fair“ oder „Maischberger“ oder „Anne Will“, lassen zumeist jene Podiumsgäste, die differenzierend und deeskalierend argumentieren, kaum zu Wort kommen oder diese werden erst gar nicht eingeladen. Auch der ORF hat sich über weite Strecken in den Mainstream eingeklinkt, Gegenpositionen zu Kriegslogik und antirussischer Feindbildpflege erscheinen weitgehend unerwünscht. Seriöse Politologen, wie Heinz Gärtner, oder engagierte Friedensforscher wie Werner Wintersteiner oder Thomas Roithner, werden selten oder nicht mehr als Studiogäste befragt.

Besonders Boulevardmedien (Ausnahme zurzeit die Kronenzeitung) scheinen einander in Kriegsrhetorik und Dämonisierung Russlands zu überbieten. Im Gegensatz zu Wladimir Putin wird der Präsident der Ukraine, Staatschef eines wie Russland autokratischen und korrupten Staates, im Westen zum Helden und lupenreinen Demokraten stilisiert, für den „wir“ Krieg führen. „Wir führen Krieg gegen Russland“ ließ die deutsche Außenministerin im Europarat ja ihrer wenig diplomatischen Haltung freien Lauf.

Mehrere Untersuchungen belegen mittlerweile überwiegende Einseitigkeit der meisten deutschen Leitmedien, ein Befund, der wahrscheinlich auch auf Österreich übertragbar ist. So hat „Cicero-Magazin für politische Kultur“ eine Studie veröffentlicht, die fehlende Meinungsvielfalt in der Berichterstattung über den Ukraine-Krieg ortet.(1) Auch die deutsche Otto-Brenner-Stiftung belegt, dass die Medien „überwiegend“ für die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine plädieren.(2) Auffallend ist dabei das Auseinanderklaffen zwischen der Meinung der Bevölkerung und der

(1) www.cicero.de/aussenpolitik/studie-zur-berichterstattung
(2) www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen

medial veröffentlichten Meinung. Umfragen zufolge sind mittlerweile mehr als 50 Prozent der Befragten gegen die weitere Lieferung schwerer Waffen ins Kriegsgebiet.

Vernebelt vom Schwarz/Weiß-Denken und dem Festhalten an einem starren Freund/Feind-Schema stellen westliche Medien ukrainische Quellen meist als ernstzunehmend dar. Von russischer Seite kommende Meldungen werden als unglaubwürdig und propagandistisch bezeichnet. Auch beim Konsum von ORF-Nachrichtensendungen bleibt als Botschaft nicht selten der Eindruck hängen, dass ukrainische „Informationspolitik" als faktenbasiert vermittelt wird, Russland hingegen würde bloß mit Fakes und Propaganda agieren.

Dass es auch differenziert geht, beweist immer wieder der besonnene und sachorientierte ORF-Korrespondent Christian Wehrschütz, der sich jenseits bloßer Kriegsrhetorik und wegen seiner differenzierenden Wortwahl große Wertschätzung erworben hat. Wehrschütz kann auf authentische Quellen vor Ort verweisen, die meisten Redaktionen westlicher Medien können dies nicht. Deren Hauptquellen sind die großen US-nahen Agenturen, die nur eine Seite geopolitischer Weltsicht repräsentieren. Wehrschütz hat in einer gut besuchten Podiumsdiskussion der Vereinigung für Medienkultur von der „Demut des Nichtwissens" gesprochen. D.h. es ist journalistisch durchaus korrekt, zuzugeben, dass mangels seriöser Quellen oft keine entsprechende Einschätzung eines bestimmten Sachverhalts erfolgen kann.

Schon Jahre vor dem Krieg haben westliche Medien und Politiker:innen Russland beharrlich zu einem Feindbild mit aufgebaut. Dabei helfen einzelne Begriffe und Worte, wie sie auch in Nachrichtensprache verwendet werden. So fällt auf, dass Äußerungen russischer Politiker meist mit Prädikaten wie „behaupten", „unterstellen", etc. versehen werden. Wenn ein US- , NATO- oder EU-Politiker eine Stellungnahme abgibt, lauten die Prädikate „betonen", „bekräftigten", „erklären" etc.. Diese werden bewusst, aber oft auch unbewusst bzw. automatisiert und verinnerlicht als positiv geladene Begriffe gesetzt.

Wie ist nun die inhaltlich weitgehende Angleichung in der Berichterstattung über den Ukraine-Krieg zu erklären? Sind die Journalist:innen Opfer staatlich gelenkter Manipulation? Im Buch „Die vierte Gewalt" von Richard David Precht und Harald Welzer findet sich dazu eine interessante These: In den Medien gebe es „ganz eigene Echokammern einer Szene, die vor allem darauf blickt, was der jeweils andere gerade sagt oder schreibt, ängstlich darauf bedacht, bloß nicht zu sehr davon abzuweichen." Ein Konformismus, der auf Kosten von Qualitätsjournalismus geht und nicht zuletzt auch demokratiepolitisch bedenklich ist. Vor diesem Hintergrund machen Medien zunehmend Politik bzw. treiben die Politik vor sich her. Ein Beispiel dafür war der starke mediale Druck auf den deutschen Kanzler Scholz. Der hat mit dazu beigetragen, dass sich dessen zunächst eher besonnene Haltung zur Lieferung von Kampfpanzern nachhaltig gewandelt hat.

Der Irak-Krieg im Jahr 2003 war ebenfalls ein Angriffskrieg, damals ausgeführt von den USA. Nur durfte man damals diese Bezeichnung in Moderationen nicht verwenden, wie es der Autor dieser Analyse als früherer ORF-Redakteur selbst erlebt hat. Zudem sind damals völkerrechtswidrige Aspekte weitgehend ausgeblendet worden. Auch im Zusammenhang mit den weiteren von NATO und den USA geführten Kriegen.

Solange der Westen sich nicht auch in die geopolitische Interessenslage Russlands hineindenken kann, Stichwort NATO-Erweiterung, solange werden keine effektiven Friedensschritte zu erwarten sein. Leider sind auch auf Seiten Russlands keine Friedenssignale zu vernehmen, Putin verharrt in seiner seltsam historisch basierten imperialistischen „Kriegslogik". Das muss allerdings nicht so bleiben. Auch der Westen, allen voran die EU, sollten nicht auf Dauer an militaristischer Ideologie im Zusammenhang mit diesem Krieg festhalten. Gefordert wären diesbezüglich vor allem auch die Medien.

Es gilt einer von Friedensethik getragenen aktiven Friedenspolitik das Wort zu reden, die auch Kompromissen Raum geben müsste. Weiter aufheizende Kriegsrhetorik sowie fortgesetzte Feindbildpflege lassen ein sehnlichst erwartetes Kriegsende in noch weitere Ferne rücken.

Udo Bachmair, Bakk.phil. ist Journalist und Moderator, Ex-ORF-Redakteur sowie Präsident der medienkritischen Vereinigung für Medienkultur und lebt in Wien

Diskursive, kognitive und affektive Militarisierung

Von Claudia Brunner

Stell' dir vor, es ist Krieg…

Selbst unter Friedensforscher:innen herrscht keine Einigkeit, wenn Bomben fallen. So auch rund um den Krieg in der Ukraine. Journalist:innen wollen von uns wissen, wie man ihn beendet, ob die Friedensforschung dafür ein Rezept habe, und wenn nicht, ob sie jetzt endgültig diskreditiert sei mit ihrer pazifistischen Naivität. In der Öffentlichkeit sind überwiegend Stimmen zu hören, die militärische Logik und Praxis erklären und rechtfertigen. Dieses Phänomen fügt sich in eine breite diskursive, kognitive und affektive Militarisierung ein, die auch diesen Krieg mit hervorgebracht hat und am Laufen hält.

… und Zweifel erscheint schon als Kollaboration

In Zeiten der Militarisierung der EU wird deren genuiner Friedenscharakter umso vehementer beschworen. Damit diese Erzählung funktioniert, bedarf es zahlreicher, von Christa Wolf so genannten „Vorkriege" (Wolf 1983: 76), Terrains der diskursiven, kognitiven und affektiven Militarisierung, die nicht zuletzt aufgrund Europas eigener Gewaltgeschichte in kürzester Zeit mobilisiert werden können. Marlene Streeruwitz spricht in ihrem „Handbuch gegen den Krieg" von einer „Grammatik des Krieges", die wir zu verstehen und zu erlernen hätten: Diese Grammatik mache uns selbst zur Beute der Kriegsführenden, weil wir diesen auch mit unserem Humanitarismus und unserer Empörung zuarbeiten (Streeruwitz 2022: 19).

In diesem Dilemma steckt auch die aktuelle Debatte, die zugleich einen strategischen Faktor in jedem Kriegsgeschehen darstellt. Kriegsgegner:innen in Russland erwarten drakonische Strafen für minimalen Widerspruch, antimilitaristische Stimmen in der Ukraine erfahren massive Diskreditierung von ihren Landsleuten. Weder die einen noch die anderen bekommen wir hierzulande im öffentlich-rechtlichen Rundfunk oder auch in privaten Medien zu hören – die für die Meinungsvielfalt und Diversität des europäischen Friedensprojekts zu stehen vorgeben. Zwischen Bregenz und Eisenstadt ist das Risiko, sich gegen den dominanten Kriegsdiskurs zu äußern, bedeutend geringer – und dennoch setzen sich Stimmen des Zweifel(n)s kaum durch, werden oft unhörbar oder lächerlich gemacht. Auch hier wirkt die vom Krieg ausbuchstabierte Grammatik der Macht, oft schon in vorauseilendem Gehorsam.

… und alle denken wie das Militär

Es wird nicht mehr Krieg geführt, sondern Frieden geschaffen, statt von Herrschaft ist von Governance die Rede – im Namen von Menschenrechten, Demokratie und Zivilisation. Aktuell ist dies an der De-

batte über die sogenannte feministische Außen-, Entwicklungs- und Friedenspolitik der Bundesrepublik Deutschland gut abzulesen. Diese ist erst seit dem Frühjahr 2022 ein Thema von Politik und Feuilleton, obwohl feministische Wissenschaftler:innen davon seit vielen Jahren sprechen. Der Kernpunkt der akademischen und aktivistischen Argumentation jedoch, die Kritik an Militarismus und Krieg als Mittel der Politik, bleibt heute ausgespart. Kein Zufall, denn „Wissenschaft als Herrschaftsdienst" (Pappé 2011) hat seit der Spätphase des europäischen Kolonialismus Geschlechterfragen besonders gern und gut mit der ihm eigenen ‚Zivilisierungsmission' zu verbinden gewusst. Auch über Geschlechterfragen wird Gewaltfreiheit zur Gewissensverweigerung verharmlost und Antimilitarismus als Gesinnungsethik diskreditiert.

Auf diesem diskursiv-kognitiv-affektiven Terrain bewegt sich auch der französische Präsident, wenn er bei einem Staatsbesuch in den USA Ende 2022 unverblümt von den Waffenbrüdern spricht, die man dies- und jenseits des Atlantiks wieder zu sein habe. Doch auch sich einst als antimilitaristisch oder gar pazifistisch bezeichnenden Politiker:innen sowie Teilen der einstigen Friedensbewegung und daraus hervorgegangener Organisationen gelingt heute der Spagat zwischen dem Bezug auf Menschenrechte und humanistische Werte auf der einen und der bewaffneten Beteiligung an Kriegen sowie der Fortsetzung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse auf der anderen Seite bemerkenswert leichtfüßig. Helmut Krieger nennt sie, und meint damit vor allem die Grünen, die „Modernisierer:innen imperialer Verhältnisse" (Krieger 2022).

… und wir sagen NEIN!

Antimilitaristische Friedensforschung ist nicht in der Lage, Kriege zu beenden. Nicht einmal dann, wenn Politiker:innen bereit wären, ihren Empfehlungen zu folgen. Es braucht eine große und laute Öffentlichkeit, die sich nicht nur der Praxis des Krieges, sondern der gesamten Logik von ‚Krieg und Frieden' zu widersprechen und zu widersetzen beginnt. „Stoppt den Krieg!" lautet die erste Botschaft, die man in Friedensbewegungen auf Transparente schreibt. Und „Frieden jetzt!" ist eine zutiefst legitime Forderung, auch wenn sie nicht immer ein ausgearbeitetes Programm zur politischen Umsetzung mitliefert. Es ist alles andere als naiv zu sagen, dass eine andere Welt möglich ist und dass Krieg sofort gestoppt werden muss – in der Ukraine, in Syrien, im Jemen und überall. Diese Forderungen sind überlebensnotwendig, nicht nur für jene Menschen, die unmittelbar von Vernichtung und Zerstörung bedroht sind.

Bei (Anti-)Militarismus geht es nicht nur um die heute viel diskutierte Frage, unter welchen Bedingungen welche Art von Gewalt notwendig, welche Art von Militäreinsatz legitim, welches Rüstungsbudget angemessen ist. Wir müssen verstärkt aufzeigen, wie für militärische Gewalt Akzeptanz geschaffen wird, wie ihre Logik in uns selbst einsickert – und was dabei aus dem Raum des Sag- und Verhandelbaren verschwindet, ja bisweilen sogar aus den uns angemessen erscheinenden Affekten. Ein solcher Antimilitarismus diskutiert nicht nur den je aktuellen Krieg, das Militär als Organisationsform des nationalstaatlichen Gewaltmonopols, sondern den internationalen Militarismus in seinem Beitrag zur Aufrechterhaltung von patriarchal-kapitalistischen Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen ebenso wie von Privilegien und Profiten im globalen Maßstab einer anhaltenden Kolonialität und Imperialität.

Wir alle sind diskursiv, kognitiv und affektiv Teil des Krieges in der Ukraine geworden, auch wenn wir in unterschiedlicher Weise und Härte von ihm be- und getroffen sind. Nutzen wir diese unterschiedlichen Positionierungen und das Privileg, (noch) nicht unmittelbar vor Bomben davonlaufen zu müssen, um den Rahmen der Debatte wieder zu weiten für die Arbeit an einer echten Friedenspolitik, die diesen Namen auch verdient.

Anmerkung der Autorin

Eine Langversion dieses Texts erscheint in der Zeitschrift Wissenschaft & Frieden 2/2023. Der Grazer Initiative für Frieden und Neutralität danke ich für eine Vortragseinladung im Dezember 2022, die den Anlass zur Ausformulierung dieser Überlegungen bildete.

Claudia Brunner ist Professorin am Zentrum für Friedensforschung und Friedensbildung, Institut für Erziehungswissenschaften und Bildungsforschung, Universität Klagenfurt. Zu Person und Arbeitsschwerpunkten siehe: www.epistemicviolence.info

Literatur

Krieger, H. (2022): Interview mit Josef Mühlbauer, Varna Peace Institute. https://www.youtube.com/watch?v=TYppHEu1MCM

Pappé, I. (2011): Wissenschaft als Herrschaftsdienst? Der Kampf um die akademische Freiheit in Israel. Hamburg.

Streeruwitz, M. (2022): Handbuch gegen den Krieg. Wien: bahoe books.

Wolf, C. (1983): Kassandra. Erzählung. Darmstadt

Zeitenwende? Zeitenwende!

Von Norman Paech

„Zeitenwende“ – dieser Begriff hat in Deutschland eine geradezu magische Aura entfaltet. Geprägt von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 im Deutschen Bundestag, hat er ihm zugleich einen eindeutigen Inhalt gegeben: Krieg und Aufrüstung. Damit war Putin als Auslöser und Verantwortlicher dieser Wende fixiert und der 100 Mrd. Rüstungsbeschluss als unvermeidliche Konsequenz aus historischer Verantwortung gerechtfertigt. Die Tatsache, dass der Krieg gegen die Ukraine ein Kriegsverbrechen und schwerwiegender Verstoß gegen die Völkerrechtsordnung ist, genügte, die Vorgeschichte für unbedeutend zu erklären und zu entsorgen.

Doch bleiben wir bei dem Begriff der Zeitenwende, müssen wir ihn früher ansetzen, denn nur die Vorgeschichte und nicht die Kreml-Psychologie erklärt, warum es zu dieser Katastrophe kommen musste. Als am 9. November 1989 die Berliner Mauer fiel, ein Jahr später mit dem „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ die Grenzen Deutschlands neu gezogen wurden und wiederum ein Jahr später die Sowjetunion und ihr Militärbündnis, der Warschauer Pakt, sich auflösten, konnte man wahrlich von einer Zeitenwende sprechen. Aus dieser Perspektive erscheint der Krieg Russlands gegen die Ukraine nur als eine weitere Etappe in der durch die Zeitenwende Anfang der neunziger Jahre gegenüber der vergangenen Epoche des Kalten Krieges neu definierten Auseinandersetzung zwischen West und Ost.

Wer seinerzeit vom Ende der Kriegsgefahr und einer „Friedensdividende“, von Abrüstung und „gemeinsamer Sicherheit“ träumte, konnte sich zwar auf den Wortlaut des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“, „die Sicherheit zu stärken, insbesondere durch Rüstungskontrolle, Abrüstung und Vertrauensbildung, und sich gegenseitig nicht als Gegner zu betrachten“, auf Gorbatschows „Politik der ausgestreckten Hand“ und die Charta von Paris vom November 1990 stützen. Aber nur neun Jahre später wurde der wahre Charakter dieser neuen Epoche mit dem Überfall der NATO-Staaten auf Jugoslawien im März 1999 deutlich. Der US-amerikanische Exzeptionalismus, vulgo „America first“, wollte schon damals nichts mehr von dem 1990 vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und US-Außenminister James Baker gegebenen Zusicherung wissen, dass es keine Osterweiterung der NATO gegen den Willen Moskaus geben werde. Dieser Krieg war der erste völkerrechtswidrige Krieg auf europäischem Boden und nicht der russische Krieg gegen die Ukraine. Das wird in der derzeitigen Kriegsbegeisterung gegen Russland systematisch unterschlagen. Ein Krieg unter Umgehung des UNO-Sicherheitsrats, der erste Griff nach Osten, dem unmittelbar danach die Eingliederung von Staaten an der Ostgrenze Russlands folgten: 1999 Polen und die Tschechoslowakei, 2002 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slovakei, Slowenien, 2011 Albanien, Kroatien, 2017 Montenegro, 2020 Nord-Mazedonien. Es fehlen noch Bosnien-Herzegowina, Georgien und Ukraine.

Lange hatte sich Boris Jelzin gegen diese Entwicklung gewehrt. Im Mai 1997 gab er schließlich mit der NATO-Russland Grundsatzakte seinen Widerstand auf und stimmte dem Vordringen der NATO nach Osten zu.

Dies war ein Zugeständnis, welches die USA im umgekehrten Verhältnis nie gemacht hätten. Zu Recht, denn die NATO-Mitgliedschaft erschöpft sich nicht nur in der Einrichtung diplomatischer Büros, sondern bedeutet die enge Einbindung in die NATO-Planung und die Stationierung amerikanischer Raketen unmittelbar an der Grenze zu Russland. Angesichts des Überfalls der NATO auf Jugoslawien, der Jahrzehnte langen Intervention in Afghanistan seit 2002, des Überfalls auf den Irak 2003, der militärischen Interventionen in Libyen 2011 und Syrien 2014 - alles völkerrechtwidrige Überfälle - sollte die Skepsis der Russen vor den Versicherungen der ausschließlich friedlichen Ziele der NATO-Erweiterung verständlich sein.

Es muss nicht alles neu erzählt werden: die weitgehenden Angebote Putins zur Zusammenarbeit mit dem Westen im Deutschen Bundestag 2001, seine deutliche Warnung, wenn seine Angebote immer wieder zurückgewiesen würden, auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, die Erklärung Georgiens und der Ukraine zum Tabu für die Osterweiterung und der an Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy scheiternde Versuch Bakers 2008, die beiden Länder dennoch in die NATO zu integrieren. Die USA und ihre NATO-Partner wussten genau, dass sich mit dem weiteren Vordringen der NATO über die rote Linie eine Situation wie die Kuba-Krise 1962 ergeben würde.

So hatten die US-Geheimdienste bereits im November 2021 vorausgesagt, dass Putin den Befehl zur Invasion geben würde. Als sie im Januar ihre Erkenntnisse wiederholten und den 16. Februar als Termin für den Einmarsch angaben,

wäre noch genügend Zeit gewesen, den Krieg zu verhindern. Putin hatte am 21. Dezember 2021 mit „harten militärisch-technischen Maßnahmen“ auf „unfreundliche Maßnahmen“ des Westens gedroht. Es ging ihm vor allem um eine langfristige Garantie, dass die Ukraine nicht in die NATO einbezogen werde. Die Annexion der Krim am 18. März 2014 sollte Politik und Militär der NATO gezeigt haben, dass Putin nicht zögern würde, seinen Worten auch Taten folgen zu lassen. Aber die USA und ihre engsten Verbündeten ließen es auf einen Krieg ankommen. Sie hatten schon beim Maidan-Putsch mitgeholfen und die Ukraine nachhaltig aufgerüstet. Dieser Krieg war vermeidbar und es stellt sich die Frage, ob ihm nicht schon eine längere Planung zugrunde lag.

Horst Teltschik, ehemaliger Chef der Abteilung für auswärtige Beziehungen im Kanzleramt von Helmut Kohl, schreibt in seinem lesenswerten Buch „Russisches Roulett. Vom Kalten Krieg zum Kalten Frieden“, welches bereits 2019 erschien: „Die Geschichte des Weges in die Konfrontation... zeigt eine Spirale gegenseitigen Misstrauens, wobei Moskau auch immer wieder Signale seiner grundsätzlichen Kooperationsbereitschaft aussandte und der Westen es insbesondere in der Schlüsselzeit 2007/2008 an Kompromissbereitschaft fehlen ließ. In dieser (Teltschiks) Interpretation geht es Russland in erster Linie um Sicherheit und darum, weiterhin ein eigenständiges Machtzentrum zu bleiben. Es agiert aggressiv, ... weil es einen weiteren Einflussverlust vermeiden möchte und weil es den Sicherheitsversprechen des Westens zunehmend nicht mehr traut. Stimmt diese Sichtweise, dann führt die gegenwärtig von Washington und den osteuropäischen NATO-Staaten favorisierte Konfrontationspolitik nur zu einer immer weiteren Verschlechterung der Beziehungen und gefährdet letztlich den Frieden“ (S. 203, 204).

Es ist allerdings eine der unumstößlichen Überzeugungen im Westen, dass der Kreml nicht verhandeln will, es also keinen Zweck hat, ihm Verhandlungen anzubieten. Putin reagiere nur auf Gewalt.

Deshalb gilt die von Selensky ausgegebene Devise, Krieg bis zum Sieg, die insbesondere die deutsche Außenministerin Baerbock verficht. Dementsprechend werden die raren Gelegenheiten wirklicher Verhandlungen torpediert. Ob die erst jüngst durch Frau Merkel, Francois Hollande und Viktor Poroschenko selbst aufgedeckte Verhandlungsfarce von Minsk II im Jahr 2015 oder die offensichtlich bis zu einem Vertragsentwurf für Waffenstillstand und Frieden gelangten Verhandlungen in Istanbul im März 2022, die durch eine Intervention des britischen Premiers Johnson in Kiew gestoppt wurde, oder die schließlich ebenfalls am Widerstand der USA und Großbritanniens gescheiterten Friedensbemühungen des ehemaligen israelischen Premiers Naftali Bennett, der Befund bestätigt: Die USA und ihre NATO-Verbündeten sind an einem Frieden nicht interessiert, da ihr Kriegsziel weit über die Wiederherstellung der Souveränität der Ukraine hinausgeht und die Schwächung Russlands, seine Ausschaltung als internationaler Machtfaktor verfolgt – in den Worten der deutschen Außenministerin Baerbock, „Russland ruinieren“.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist schon lange ein Krieg der USA gegen Russland. John Mearsheimer von der Universität Chicago, ein führender Vertreter der realistischen Schule, pointiert: „Die USA wollen Russland nicht nur innerhalb der Ukraine besiegen. Sie versuchen auch, die russische Wirtschaft zu zerstören. Es gibt Leute, die sogar davon sprechen, Russland zu zerschlagen wie einst die Sowjetunion. Die USA sind darauf aus, Russland aus der Reihe der Großmächte zu verdrängen“.(1)

Ob nun Verhandlungen oder nicht, Waffenlieferungen sind das stärkere Argument. Sie verlängern den Krieg und eskalieren die Gewalt. Dass diese Politik schließlich den Einsatz von Nuklearwaffen provozieren kann, wird durchaus gesehen, die Gefahr aber heruntergespielt. Und das ist das Bedrohlichste an dieser Perspektive, dass die USA diese Gefahr nicht berührt, denn ihr Territorium liegt im Falle der Detonation mindestens 8000 km entfernt.

Norman Paech ist Jurist und emeritierter Professor für Politikwissenschaft und Öffentliches Recht, sowie Abgeordneter im deutschen Bundestag a.D.

(1) https://weltwoche.ch/story/der-westen-hat-den-krieg-provoziert/

Ökozid in der Ukraine

Von Nicholas Bell

„Die Natur ist das stille Opfer dieses Krieges", so die Warnung von Yuliya Ovchynnykova, Abgeordnete und Mitglied des Ausschusses für Umwelt und Naturschutz der Werchowna Rada, dem ukrainischen Parlament. Sie war Teil einer Delegation von Umweltaktivist:innen und Mitgliedern der Zivilgesellschaft, die auf Initiative des Europäischen Bürgerinnen Forums (EBF) vom 28. November bis 1. Dezember 2022 nach Brüssel und Paris reisten.(1)

Hinter den Zehntausenden Toten auf beiden Seiten und den schrecklichen Zerstörungen, die durch die russische Aggression und insbesondere durch die ständigen Bombenangriffe auf Städte, Dörfer und die lebensnotwendige Infrastruktur der Bevölkerung verursacht werden, spielt sich eine andere Tragödie ab, über die weniger gesprochen wird: ein groß angelegter Ökozid. Seit über neun Monaten verwüstet die russische Kriegsmaschinerie das ukrainische Territorium, verschmutzt massiv die Flüsse, untergräbt die Felder und zerstört die Wälder. Es handelt sich um eine tickende Zeitbombe mit weitreichenden Folgen für die Menschen, die Gesundheit und die Ökosysteme.

Durch die russische Bombardierung von Öldepots wurden über 680.000 Tonnen Ölprodukte durch Feuer zerstört. Durch die Beschießung der zivilen und militärischen Infrastruktur und Ausrüstung entstand eine enorme Menge an Abfällen, darunter auch sehr gefährliche, deren Menge derzeit kaum abschätzbar ist. Die massiven Bombardierungen führten auch zur Kontamination von etwa 180.000 m^3 Boden. Die Zerstörung von Kläranlagen führte zu zahlreichen Fällen von Wasserverschmutzung.

Seit den ersten Tagen der Invasion hat das russische Militär systematisch Aktionen rund um die ukrainischen Kernkraftwerke durchgeführt. Bei diesem Vorgehen handelt es sich eindeutig um Nuklearterrorismus. Diese Energieinfrastruktur, die in wenigen Gebäuden konzentriert ist, hat sich als äußerst anfällig für Kriegsrisiken erwiesen. Es ist noch zu früh für detaillierte Studien oder genaue Berechnungen der Schäden, die direkt durch den Krieg verursacht wurden. Es gibt jedoch einige Schätzungen. Die Umweltschäden, die sich aus den direkten Auswirkungen der russischen Invasion ergeben, werden bereits auf über 25 Milliarden Euro geschätzt.

Die ukrainische Landwirtschaft wurde ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen. Es wird geschätzt, dass der Krieg der ukrainischen Landwirtschaft direkte und indirekte Schäden in Höhe von über 30 Milli-

(1) Die Delegation wurde von mehreren Mitgliedern der «Ukraine Support Group» der Europäischen Kommission, von zehn Mitgliedern des Europäischen Parlaments, darunter Michael Gahler, ständiger Berichterstatter für das Assoziierungsabkommen Ukraine-EU, von den Ausschüssen für Auswärtige Angelegenheiten und für Nachhaltige Entwicklung der Nationalversammlung in Paris, von Vertreter:innen des französischen Ministeriums für den ökologischen Wandel sowie von französischen, belgischen und internationalen NGOs empfangen.

arden US-Dollar zugefügt hat. Diese Kosten entstanden vor allem durch die Blockade des Schiffsverkehrs, die Zerstörung der Ernte oder die Bombardierung der Agrar- und Lebensmittelindustrie. 10 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche (30-34 Prozent des Staatsgebiets) wurden durch Minen, Kämpfe und Bombardierungen in Mitleidenschaft gezogen. Es wird erwartet, dass die Produktion der wichtigsten Nutzpflanzen im Vergleich zum Vorjahr um 18 bis 33 Prozent zurückgehen wird.

Auswirkungen auf die Wälder

Laut Yehor Hrynyk, Aktivist der „Ukrainischen Gruppe für Naturschutz“ und Waldexperte, sind etwa 200.000 Hektar Wald durch die Kämpfe verbrannt. 700.000 Hektar Wald müssen von Minen befreit werden. Dies wird zehn bis zwanzig Jahre dauern. Mehr als 20 Nationalparks und Reservate wurden besetzt und Hunderte anderer Schutzgebiete wurden geschädigt. Die Schäden beschränken sich nicht auf die Gebiete, in denen der Krieg tobt. Indirekte Folgen zeigen sich auch fernab der Front, insbesondere in Wäldern und Naturgebieten. Angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage suchen die ukrainischen Behörden nach neuen Einnahmequellen. Die Zerstörung des Energiesystems durch Russland und die grosse Zahl von Binnenvertriebenen lassen den Bedarf an Brennholz stark ansteigen. Seit Beginn des Krieges gaben die ukrainischen Behörden, insbesondere der Umweltminister, an, die Holzernte steigern zu wollen – um bis zu 150 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In einigen Regionen, vor allem im Süden der Ukraine, ist dies bereits der Fall. Der Umfang der Holzentnahme ist im Vergleich zu 2021 um 115-140 Prozent gestiegen. Angesichts der schwachen Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität bedroht die Zunahme dieser Holzschläge die verbleibenden alten Wälder im Land, einschließlich der Wälder in den ukrainischen Karpaten. So haben Umwelt-NGOs bereits die Abholzung alter Naturwälder beobachtet. Weitere Abholzungen sind geplant, um „Brennholz für die Gemeinden zu lagern“. Jedes Mal wird die Frage der Biodiversität in den Hintergrund gedrängt.

Die ukrainischen Behörden haben die gesetzlichen Regelungen geändert, um diese Abholzungen zu erleichtern. Im März 2022 hob das Parlament ohne jede öffentliche Debatte eine Reihe von Umweltbeschränkungen auf. So wurde beispielsweise die als „stille Jahreszeit“ bezeichnete Bestimmung – das Verbot, während der Fortpflanzungszeit der Tiere in den Wäldern zu fällen – gestrichen. Später schränkten die Behörden den Zugang der Öffentlichkeit zur Umweltinspektionsbehörde ungerechtfertigt ein. Die Behörden kündigten auch ihre Absicht an, 270 Harvester zu kaufen – moderne Maschinen, mit denen der Wald so schnell wie möglich abgeholzt werden kann.

Parallel dazu hat sich das Problem des illegalen Holzeinschlags verschärft. Verschiedenen Schätzungen zufolge waren vor 2022 bis zu 40 Prozent des in der Ukraine gewonnenen Holzes illegal. Der weitaus größte Teil davon wurde in die EU exportiert. Es ist unmöglich, das Ausmaß des illegalen Holzeinschlags in Kriegszeiten abzuschätzen, doch die Behörden schufen alle Voraussetzungen für eine Zunahme. Insbesondere ist die Kontrollbehörde – die staatliche Umweltinspektion – heute nicht mehr in der Lage, Forstinspektionen durchzuführen. Die Zivilgesellschaft hat den Zugang zu den früher verfügbaren Forstkarten, Einschlagsgenehmigungen und anderen Dokumenten über den Holzeinschlag verloren. In vielen Regionen wird den Bürger:innen der Besuch von Wäldern grundlos untersagt.

Geschützte Gebiete

Geschützte Gebiete machen nur sieben Prozent der Fläche der Ukraine aus. Von dem in der EU-Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt festgelegten Ziel von 30 Prozent sind wir noch weit entfernt. Die Einrichtung von Schutzgebieten in der Ukraine war langwierig und komplex, doch auch wenn der Prozess langsam war, ging er voran. Mit der russischen Invasion kam seine Expansion leider zum Stillstand. Die Behörden sehen keinen Sinn mehr darin, neue Schutzgebiete einzurichten oder das Smaragd-Netzwerk(2) zu erweitern, was von der Unternehmenslobby (Bergbau-, Forst- und Agrarindustrie) ohnehin vehement bekämpft wird. Eine weitere Gefahr für Naturgebiete besteht darin, dass sie umgepflügt werden, um neue landwirtschaftliche Nutzflächen zu gewinnen und so die starke Reduzierung des verfügbaren Landes in den Kriegsgebieten auszugleichen.

Anerkennung des Begriffs „Ökozid“

Die Delegation betonte auch, dass eine internationale Anerkennung des Ökozids als Straftatbestand erreicht und der Bereich „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ um diesen Begriff erweitert werden müsse. Der Internationale Gerichtshof ist bereits seit 2014 mit Klagen gegen die Ukraine wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit befasst. Um zu beweisen, dass es sich um Ökozid handelt, muss nachgewiesen werden, dass es eine umfassende Strategie zur Zerstörung der Lebensgrundlagen gibt. Yuliya Ov-

(2) Das Smaragd-Netzwerk ist ein auf dem Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume (Berner Konvention) basierendes Schutzgebietsnetz

chynnykova erinnerte daran, dass das Konzept des Ökozids im ukrainischen Strafgesetzbuch existiert, was in den meisten Ländern nicht der Fall ist. Es wurden bereits zehn Fälle eingebracht, aber das Gesetz funktioniert nicht. Von entscheidender Bedeutung ist auch die Einrichtung einer internationalen Sonderermittlungsmission, deren Ziel es ist, die Umweltverbrechen zu dokumentieren und die Grundlage für eine zukünftige Entschädigung durch Russland zu schaffen. Bei dieser Arbeit wird die Beteiligung von Expert:innen der ukrainischen und internationalen Zivilgesellschaft unerlässlich sein.

Stopp der Atomenergie!

Um Energieversorgungskrisen im Rahmen des Wiederaufbaus nach dem Krieg zu begegnen, hat die Ukraine angekündigt, neun neue Atomreaktoren und einen kleinen modularen Reaktor bauen zu wollen. Angesichts der extremen Verwundbarkeit, die solche Kraftwerke in Kriegssituationen gezeigt haben, ist diese Lösung im Vergleich zu dezentralen erneuerbaren Energiequellen äußerst riskant und kostspielig. Die erneuerbaren Energien sollten im Kampf um die Energiesouveränität bereits in der ersten Phase des ukrainischen Wirtschaftswiederaufbaus Priorität haben.

Die Landwirtschaft wird einer der wichtigsten Wirtschaftssektoren in der Ukraine bleiben. Derzeit wird sie stark von sehr großen, vor allem Getreide anbauenden und exportorientierten Unternehmen dominiert. Es ist wichtig, diesen Sektor zu ermutigen, seine Abhängigkeit von chemischen Inputs zu verringern und sich auf biologische Methoden zu verlegen. Darüber hinaus gibt es einen entscheidenden Agrarsektor, der allzu oft vergessen wird. Kleine und mittlere Betriebe (bis zu 100 Hektar) liefern den größten Anteil von Gemüse, Kartoffeln und Milch, die von der Bevölkerung konsumiert werden (über 90 Prozent). Sie haben nie staatliche Unterstützung oder offizielle Anerkennung erhalten. Es muss sichergestellt werden, dass dieser Agrarsektor in künftigen Hilfsprogrammen berücksichtigt wird, damit er eine starke Unterstützung erhält. Langfristig werden widerstandsfähige, nachhaltige und dezentralisierte Agrar- und Ernährungssysteme eine wirtschaftlich tragfähige und erschwingliche Nahrungsmittelproduktion gewährleisten. Diese Systeme werden die wirtschaftliche Beschäftigung der ländlichen Bevölkerung sichern und die Voraussetzungen für die Wiederbelebung der ländlichen Gebiete und die nachhaltige Entwicklung der Agrarregionen schaffen.

Das Megaprojekt in Svydovets

Die Delegation betonte, wie wichtig es sei, umweltschädliche Großprojekte, die bereits vor dem Krieg existierten, zu stoppen. Unter Ausnutzung des Krieges und der geringeren Aufmerksamkeit durch Aktivistinnen und Aktivisten wurde die Entwicklung zahlreicher zerstörerischer Projekte beschleunigt. Oreste del Sol, Landwirt im Karpatendorf Nischnje Selischtsche und Aktivist der Gruppe Free Svydovets, berichtete, dass der mit dem korrupten Oligarchen Ihor Kolomoysky verbundene Bauträger das Projekt eines riesigen Skigebiets im Svydovets-Gebirge in den ukrainischen Karpaten weiter vorantreibt.(3) Doch noch nicht ist alles verloren.

Dieser Text erschien ursprünglich im „Archipel Nr. 321" im Januar 2023 und basiert auf dem Dokument «Krieg und Umwelt in der Ukraine – Stoppt den Ökozid, für einen grünen Wiederaufbau», welches von der Delegation verbreitet wurde und auf der EBF-Website www.forumcicivique.org abrufbar ist.

(3) Siehe Archipel Nr. 265, 267, 284, 302, 308 und 317, verfügbar auf der Webseite des EBF www.forumcivique.org.

Friedenslogik verstehen

Buchbesprechung über Frieden machen und Frieden haben

Von Thomas Roithner

Hanne-Margret Birckenbach: Friedenslogik verstehen. Frieden hat man nicht, Frieden muss man machen, Wochenschau Verlag, Frankfurt/Main 2023, ISBN 978-3-7344-1539-5, € 22,90, 232 Seiten.

Der völkerrechtswidrige Krieg Russlands gegen die Ukraine hat die Debatte um das Wie des Friedenmachens im Zuge des ersten Jahrestages dieser Kriegsphase aufgeheizt.

Heribert Prantl, Kolumnist der „Süddeutschen Zeitung", sprach Vielen aus der Seele, es sei „fatal, wenn Wörter wie Kompromiss, Waffenstillstand und Friedensverhandlungen als Sympathiekundgebungen für Putin gelten und so ausgesprochen werden, als wären sie vergiftet". Das Manuskript des Bandes von Hanne-Margret Birckenbach „Friedenslogik verstehen" wurde nach dem 24.2.2022 abgeschlossen und bietet einen wohltuenden Weitblick. Ein Buch zum haargenau richtigen Zeitpunkt.

Das Herausragende sind nicht nur die horizonterweiternden Verständnisse von Frieden, sondern die Prozesse der umfassend verstandenen Selbstreflexion von Friedenarbeit. Hanne Birckenbach – die an zahlreichen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gewirkt hat – schreibt auch ausführlich über Misserfolge und das Prinzip der Fehlerfreundlichkeit. Nicht mit dem Zeigefinger, sondern um durch anerkannte Qualitätsstandards wie Wirkungsabschätzung, Schadensvermeidung und Eigenverantwortlichkeit konstruktiv zu unterstützen und zur Umsetzung zu bringen. Die mit dem feinen Präparierbesteck herausgearbeiteten Hinweise gehören in die Stammbücher von Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Gerade weil „das heutige Wissen über Erfolgsbedingungen friedenspolitischen Handelns (…) weiterhin vorläufig" ist, sind Wahrnehmungslücken und Vorschläge besonders wertvoll. „Frieden muss man machen", so ein Teil des Untertitels des Buches. Ein durchgängiger Gedanke sind die Antworten über das Wie: „Wie in einem Rechtsstaat Gerichte funktionstüchtig gehalten und Richter bezahlt werden, bevor ein Kriminalfall die Öffentlichkeit erschüttert, benötigt ein Staat, der glaubwürdig Frieden bewirken will, professionelle Institutionen, ausgebildetes und einsatzbereites Personal und einen Haushalt, der transparent darüber Auskunft gibt, welche Mittel für eine Friedensentwicklung im eigenen Land sowie in den Beziehungen zu anderen Ländern in den jeweiligen Ressorts eingeplant werden" (S. 162).

Was sich für den Rezensenten schon am Ende des Teils II als Fundus an Praxisvorschlägen zeigt, mag anderen möglicherweise noch zu theoretisch sein. Der letzte und ausführliche Abschnitt III prüft „Friedenslogisches Handeln im Unfrieden": Beispiele präventiver Diplomatie in Estland und Lettland, die Lehren aus Verhandlungen in Nordirland, nationaler Dialog und internationale Vermittlung in Kenia sowie zivilgesellschaftliche Partizipation in Abrüstungsfragen. Bei den Abrüstungsfragen stehen Aspekte der menschlichen Sicherheit im Zentrum, um Minen, Streuwaffen und Atomwaffen durch völkerrechtliche Verträge zu ächten.

„Friedenslogik verstehen" ist aus mehrerlei Gründen hochempfohlen: das gewinnbringende Zusammenspiel aus Jahrzehnten von Friedenswissenschaft und friedenspolitischer Praxis und die optimistische Sicht auf das Handwerkszeug zum Friedenmachen.

Zum Buch auf der Website des Verlags:
www.wochenschau-verlag.de/Friedenslogik-verstehen/61539

Belarus als neuer Standort für Atomwaffen: Auswirkungen auf Europa und die Welt

Von Nadja Schmidt

Am 25. März 2023 verkündete Präsident Putin, russische Atomwaffen in Belarus zu stationieren. Dies beruhe auf einer Vereinbarung, die er mit dem belarussischen Präsidenten Lukaschenko getroffen habe. Bis Juli sei geplant, den dafür erforderlichen Bau eines Lagers für Atomwaffen abzuschließen. Obwohl sich derzeit keine atomaren Sprengköpfe in Belarus befinden sollen, besteht die Sorge, dass bereits nuklearwaffenfähige Raketen zur Verfügung gestellt worden sind und mit der Schulung belarussischen Personals begonnen werden kann. Russland soll Belarus zuletzt schon beim Umbau von Flugzeugen geholfen haben, wovon bereits 10 bereit seien, taktische Nuklearwaffen zu transportieren und abzuwerfen.

Bereits zu Zeiten der Sowjetunion waren Atomwaffen auf dem Gebiet der Belarussischen Sozialistischen Sowjetrepublik stationiert. Belarus hatte nach 1990 jedoch nie die alleinige Verfügungsgewalt oder die technischen Möglichkeiten und Voraussetzungen, diese auch nach 1990 weiterhin zu stationieren. In der neuen Verfassung von 1994 bekräftigte Belarus seine Neutralität und erklärte sich als Atomwaffenfreie Zone. Im selben Jahr erfolgte auch der Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag.

Die Kehrtwende in der belarussischen Position hinsichtlich Atomwaffen zeichnete sich für Beobachter:innen spätestens im Februar 2022 ab, als ein Verfassungsreferendum zur Frage der Stationierung von taktischen Atomwaffen in Belarus durchgeführt wurde.

Laut offiziellen Angaben nahmen damals 79,4% der Wahlberechtigten am Referendum teil und stimmten mit rund 65% für die Änderungen. Mit diesem Ergebnis wurde das Ende der atomwaffenfreien Zone in Belarus besiegelt, sowie der Weg für eine mögliche Stationierung insbesondere russischer Atomwaffen im Land geebnet.

Es ist jedoch stark in Zweifel zu ziehen, ob dies auch den tatsächlichen Willen der belarussischen Bevölkerung widerspiegelt. Ein weiterer Bestandteil des Referendums baute nämlich die Macht von Langzeitpräsident Alexander Lukaschenko weiter aus. Auch die Opposition rund um die Bürgerrechtlerin Swetlana Tichanowskaja weist immer wieder auf unfreie und unfaire Wahlen in Belarus hin. Die Stationierung von Atomwaffen in Belarus ist also nicht nur international, sondern auch national umstritten.

Sogenannte taktische Atomwaffen werden manchmal als „kleine Atomwaffen“ verharmlost. Die Sprengkraft einer taktischen Atomwaffe kann dennoch das Vielfache der Bomben, die auf Hiroshima und Na-

gasaki abgeworfen wurden, annehmen. Die Reichweite taktischer Atomwaffen beträgt mehrere hundert Kilometer.

Die Stationierung von Atomwaffen in weiteren Ländern, die manchmal als „nukleare Teilhabe“ bezeichnet wird, erschwert die Entscheidungsfindung und erhöht das Risiko von Fehlinterpretationen, Kommunikationsproblemen und potenziell katastrophalen Unfällen.

Derzeit stationieren nur die Vereinigten Staaten Atomwaffen in Ländern außerhalb ihres Territoriums - in Belgien, Deutschland, den Niederlanden, Italien und der Türkei. Putin verwies in seiner Ankündigung auf dieses Beispiel und sagte: „Die Vereinigten Staaten tun dies seit Jahrzehnten. Sie haben ihre taktischen Atomwaffen schon vor langer Zeit auf dem Territorium ihrer Bündnispartner, den NATO-Ländern in Europa, stationiert.“

Im Kontext des Krieges in der Ukraine ist die Wahrscheinlichkeit von Fehlkalkulationen oder Fehlinterpretationen äußerst hoch. Die Stationierung von Atomwaffen in weiteren Ländern verschlimmert die Situation erheblich und birgt katastrophale humanitäre Folgen.

Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) verurteilt diese unverantwortliche und gefährliche Eskalation. Dadurch droht Russland mit dem Einsatz von Atomwaffen und ein Einsatz dieser Waffen wird wahrscheinlicher. Kein Land der Welt hätte auch nur ansatzweise die Kapazitäten, medizinisch darauf zu reagieren, falls auch nur eine einzige Atomwaffe eingesetzt wird.

Der Vertrag der Vereinten Nationen über das Verbot von Atomwaffen (TPNW) verbietet ausdrücklich die Stationierung von Atomwaffen eines anderen Landes auf dem eigenen Territorium, und der Vertrag

Friedensglocke von Nagasaki in Heiden (Schweiz)

über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (NPT) verbietet die Weitergabe von Atomwaffen an ein nicht-nuklear bewaffnetes Land.

Der UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) ist nach wie vor das einzige multilaterale Rechtsinstrument, das alle Aktivitäten im Zusammenhang mit Kernwaffen umfassend verbietet. Länder, die es mit der Eindämmung der Bedrohung durch Atomwaffen ernst meinen, müssen diesen Vertrag unterzeichnen, um diese Waffen umfassend zu verbieten und vor allem ihren Einsatz künftig auszuschließen.

Die Tatsache, dass die USA auch in Europa im Rahmen der nuklearen Teilhabe Atomwaffen stationieren, rechtfertigt dieses Vorgehen Russlands nicht. Die nukleare Teilhabe sollte im Interesse der Deeskalation in ganz Europa beendet werden.

„Solange Putin über Nuklearwaffen verfügt, kann Europa nicht sicher sein. Er hat diesen gefährlich eskalierenden Vorschlag gerechtfertigt, Nuklearwaffen nach Belarus zu verlegen, indem er sich auf Jahrzehnte des NATO-Nuklearsharings beruft. Solange Länder ihre Komplizenschaft fortsetzen, indem sie Nuklearwaffen als alles andere als ein globales Problem betrachten, hilft dies Putin, sich mit dieser Art von Verhalten davonzustehlen,“ sagte Daniel Högsta, der Geschäftsführer von ICAN.

Die belarussische Menschenrechtsaktivistin und Oppositionsführerin Sviatlana Tsikhanouskaya sagte dazu: "Die Stationierung taktischer Atomwaffen Russlands in Belarus verletzt direkt die Verfassung von Belarus und widerspricht grob dem Willen des belarussischen Volkes, den Nicht-Nuklearstatus anzunehmen, der in der Erklärung der Staatssouveränität von Belarus von 1990 zum Ausdruck kommt." Sie forderte „die internationale Gemeinschaft auf, von Russland zu verlangen, diese bedrohliche Stationierung zu stoppen".

Nadja Schmidt ist Geschäftsführerin der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen in Österreich

DVR 0583031

Österreichische Post AG
MZ 02Z032555 M
Int. Versöhnungsbund, Ledererg. 23/3/27, 1080 Wien

Man kann vom Frieden erst sprechen, wenn niemand mehr in Unfreiheit, Not und Krieg lebt.

Ueli Wildberger
ehemaliger Präsident des Schweizer Zweiges
des Versöhnungsbundes, IFOR – MIR Schweiz
verstorben im Jänner 2023

Spinnrad